

# Von der Borniertheit westlicher Medien

Von Dieter Grillmayer

---

Laut Wörterbuch steht „borniert“ für engstirnig, beschränkt, eingebildet oder hochmütig, und es wäre unseriös, einen solchen Vorwurf leichtfertig zu erheben. Leider geben aber viele westliche Medien schon seit geraumer Zeit Anlass zu einer solchen Beurteilung, was mit deren – oft gleichgeschalteter – Berichterstattung über vorwiegend internationale Ereignisse der letzten Wochen, Monate und Jahre belegt werden soll. Dass diese Berichterstattung dann auch noch massiv mit Statements hochrangiger Politiker korreliert ist nicht nur eine Folge von deren Harmoniebedürfnis mit der veröffentlichten Meinung, sondern gründet auch in den oft gemeinsamen ideologischen Wurzeln. **Die 1968er-Bewegung stand ja mit Geschichts- und Kulturbewusstsein von Anfang an auf Kriegsfuß, und ebenso mit Vernunft und Erfahrung.** In seinem Buch „Falsch programmiert“ hat der deutsche Informatiker Karl Steinbuch schon im Jahr 1970 bei dieser Bewegung „das wilde Denken einer neuen Gegenaufklärung“ diagnostiziert.

## Viktor Orban und die EU

Als roter Faden zieht sich durch die beanstandete Berichterstattung und politische Agitation das Denkmuster „Starke Männer (Regierungen) sind grundsätzlich böse und wenn jemand, gleich wer, gegen sie demonstriert oder gar putscht, dann muss ihm von allen Guten dieser Welt zu Hilfe gekommen werden“. Dass es dabei nur um die Bürgerfreiheiten und um die Durchsetzung der Demokratie gegen diktatorische Regime geht ist eine Tarnung oder bestenfalls eine Selbsttäuschung. Als Beispiel mag Viktor Orban dienen, der in Ungarn im heurigen Frühjahr (2014) unter einwandfreien Bedingungen einen großen Wahlsieg errungen hat; in unserem ungarischen Dorf haben die Leute bis in die Morgenstunden hinein gefeiert. Eine bessere demokratische Legitimation kann es doch gar nicht geben, und dennoch lassen die westliche Presse und viele westliche Politiker kein gutes Haar am ungarischen Ministerpräsidenten. Sollte er gegen EU-Recht verstoßen, dann ist der Europäische Gerichtshof dafür zuständig und sonst niemand. **Die Europäische Union wird zugrunde gehen, wenn die in ihr veröffentlichte Meinung und ihre Politiker nicht damit aufhören, den Volkswillen zu missachten und sich in die inneren Angelegenheiten eines Mitgliedstaates einzumischen, wie es ja auch Österreich schon erlebt hat.** Orban hat übrigens unlängst verlauten lassen, er sei ganz zufrieden damit, im Ausland kritisiert zu werden, denn das sei ein Zeichen dafür, dass er sich für die Belange seines Landes einsetzt, wie das jeder Ministerpräsident tun sollte.

## Serbien und der Kosovo

Um nunmehr – abgesehen vom Dauerthema Irak – nach dem zeitlichen Ablauf vorzugehen seien zuerst der NATO-Krieg gegen Serbien und die Verselbständigung des Kosovo als von den westlichen Medien viel beklatschte, aber eindeutig völkerrechtswidrige politische Kraftakte mit zweifelhaftem Ergebnis hervorgehoben.

Der Kosovo ist uralter serbischer Kulturboden und zusätzlich geweiht durch den Umstand, dass dort die erste große Auseinandersetzung zwischen christlichem Abendland und muslimischem Morgenland auf europäischem Boden stattgefunden hat. Weil die allerchristlichsten Hoheiten der europäischen Reiche offenbar Wichtigeres zu tun hatten blieben die Serben in diesem Kampf allein und erlitten im Jahr 1389 auf dem Amselfeld eine schwere Niederlage und den Tod ihres Königs und Heerführers. (Unter ähnlichen Begleitumständen ereilte Ungarns König Ludwig II. im Jahr 1526 bei Mohács das gleiche Schicksal.)

Fünfhundert Jahre Türkenherrschaft haben das Einsickern großteils muslimischer Albaner in den serbisch-orthodoxen Kosovo begünstigt, und als die Serben ihr Land nach der Vertreibung der Türken aus Europa endlich zurückerhielten, da war es bereits ein Multi-Kulti-Land. Im letzten Jahrhundert haben sich die Ver-

hältnisse, vor allem aufgrund hoher Geburtenraten bei den Albanern, weiter zu deren Gunsten in Richtung 75 Prozent Bevölkerungsanteil verändert. Daher auch das Autonomie-Statut in Titos Jugoslawien, obwohl in dieser Zeit kulturelle Verschiedenartigkeiten zugunsten einer aus dem Nationalkommunismus abgeleiteten Staats-Identität weitgehend unterdrückt wurden.

Als dann die Serben nach Tito im Kosovo ihren Primat anmeldeten und militärisch durchzusetzen versuchten, kam es zu kriegerischen Auseinandersetzungen, in die sich nach internationalem Recht von außen militärisch niemand hätte einmischen dürfen. Im Widerspruch dazu bombardierte die NATO Belgrad, um „weiteres Blutvergießen zu verhindern“, zwang die Serben damit in die Knie, was schließlich zu einem unabhängigen Kosovo führte, der aber noch über Jahrzehnte ohne fremde Hilfe politisch nicht lebensfähig sein dürfte, dessen Einwohner dort keine Zukunft sehen und – ohne politisch verfolgt zu werden – in Tausendschaften die EU flüchten. **Eine großzügige Autonomieregelung wäre für alle Beteiligten die bei weitem bessere Lösung gewesen.**

### **Der Arabische Frühling**

Wie wurde doch in Europa der Arabische Frühling bejubelt, und was ist davon übrig geblieben? Abgesehen von Tunesien nur Chaos oder die Wiederkehr eines „starken Mannes“. Im Fall Ägyptens war die Außenpolitik der USA offensichtlich überfordert, hat den treuen Verbündeten Mubarak fallen und sonst alles laufen lassen. Dass der „Frühling“ auf die Schaffung eines Israel feindlich gesinnten „Gottesstaates“ hinauslaufen wird hätte man allerdings von Anfang an wissen müssen. Erst vor ein paar Monaten haben sich die USA endlich dazu entschlossen, ihren großen Einfluss auf das ägyptische Militär zu nutzen, um wiederum klare Verhältnisse zu schaffen. Nach dem ersten Jubel über Mubaraks Sturz hat es Europas Meinungsmachern und Politikern dann bald die Rede verschlagen, und was den neuen Machthaber betrifft ist man sich vielfach noch nicht im Klaren.

Hinsichtlich Libyen haben die USA erst kürzlich eine Reisewarnung ausgesprochen und ihre Staatsbürger zum Verlassen des Landes aufgefordert. Vor drei Jahren haben sie (eher widerwillig, aber doch) eine „Koalition der Willigen“ (KdW) angeführt, um Libyens Machthaber Gaddafi wegzubomben und den Aufständischen zum Sieg zu verhelfen. Man muss dieser zwielfichtigen Erscheinung (ebenso wie Saddam Hussein) nicht nachweinen, aber immerhin hatte Gaddafi sich seit zwei Jahrzehnten außenpolitisch nichts mehr zu Schulden kommen lassen und innenpolitisch für einen Wohlstand gesorgt, von dem die Nachbarländer nur träumen konnten.

Und dann genügt ein Aufruhr gegen ihn, wie er in jedem Land der Welt von der Staatsmacht notfalls mit Waffengewalt niedergeschlagen wird, um wieder einmal das Völkerrecht mit Füßen zu treten? **Woher hat die KdW gewusst, dass die Aufständischen die „Guten“ sind und dass sich unter ihnen nicht schon der nächste Diktator Libyens befindet? Wann in ihrer langen Geschichte haben die Kriegstreiber Frankreich und England je etwas getan, was nicht vorrangig ihren eigenen Interessen gedient hat? (Oder zumindest haben sie das geglaubt.) Und was noch viel schlimmer ist: Hier wurde ein verheerender Präzedenzfall geschaffen, der nicht zuletzt Regierungsgegner in anderen Ländern, z. B. in Syrien, zum bewaffneten Aufstand ermutigt hat. Zudem dient das nach Gaddafi im Chaos versunkene Libyen nunmehr den Wirtschaftsflüchtlingen aus ganz Afrika als Sprungbrett auf dem Weg nach Europa.**

### **Syrien und der Irak**

Zur Geschichte: Aus einem nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches französischen Mandatsgebiet entstand die Republik Syrien, aus einem englischen Mandatsgebiet der Irak zunächst als Königreich, seit 1958 als Republik. Gut erinnerlich ist mir noch der Jubel der westlichen Medien, als 1963 (Syrien) bzw. 1968

(Irak) die linksgerichtete Baath-Partei ans Ruder kam. Nun werde es mit Sozialreformen rasch aufwärts gehen. Seit 1968 ist in Syrien die eher pragmatische Assad-Familie am Ruder, im Irak war das von 1979 bis 2003 der Baath-Politiker Saddam Hussein.

Religionskonflikte zwischen verschiedenen sunnitischen, schiitischen und christlichen Glaubensrichtungen wurden/werden von den Baath-Parteiführern weitgehend unterdrückt, was insbesondere das wahhabitische (= puritanisch-urislamische) und autokratisch regierte Saudiarabien nicht goutiert; von dort aus dürfte auch der Aufstand in Syrien geschürt worden sein. Das macht die Anti-Assad-Politik des Saudi-Verbündeten USA zur Not noch verständlich, nicht aber die Haltung der westlichen Medien, die gegen Baschar al-Assad anschreiben, obwohl der die sichere Mehrheit der Syrer hinter sich hat. Inzwischen scheinen die westlichen Meinungsmacher, ebenso wie die USA, allerdings begriffen zu haben, dass die Aufständischen extremistische „Gotteskrieger“ sind. **Das Vorbild Libyen und die Hetze gegen Assad haben den Bürgerkrieg aber angeheizt und eine gigantische Welle von Flüchtlingen ausgelöst, die Europa überflutet.**

Der Krieg, den Bush-Vater 1991 gegen den Irak geführt hat, war als Einziger völkerrechtlich gedeckt, erfolgte er doch im Auftrag der UNO wegen der Okkupation eines souveränen Staates (Kuwait) durch Saddam Hussein, vergleichbar mit dem Einmarsch der Deutschen in Österreich 1938. Dabei war gerade damals die Hysterie der Pazifisten am größten, die sogar verlangt haben, dass der Opernball abgesagt wird. Der Krieg, den Busch-Sohn 2003 gegen den Irak geführt hat, war hingegen illegal, die angeblich vorhandenen ABC-Waffen wurden nie entdeckt. Dieser Krieg hat den Kunststaat Irak dann endgültig ins Chaos gestürzt. **Eine haltbare politische Lösung würde nach einem eigenen Kurdenstaat verlangen, was die Türkei und damit auch die USA kategorisch ablehnen; der Rest sollte zwischen Syrien (Sunniten) und dem Iran (Schiiten) aufgeteilt werden.**

### **Wer hat die Ukraine destabilisiert?**

Die Wiege Russlands steht in Kiew, das ist ebenso eine Tatsache wie dass Ukraine auf Deutsch „Grenzland“ (Russlands) heißt und dass gut 15 Prozent der Bevölkerung Russen sind. **Jedwede vernünftige Weltpolitik muss die Interessen Russlands an dieser Region berücksichtigen und mehr noch die Befürchtungen, Russland könnte von USA-hörigen Ländern komplett eingekreist werden, zumal sich die Weltmacht Nr. 1 noch immer so gebärdet als hätte sie den Kalten Krieg noch immer nicht gewonnen.** Aber von einem EU-Europa hätte man sich wohl erwarten dürfen, dass es behutsam vorgeht und die russischen Sorgen ernst nimmt.

Was aber ist geschehen? Als der ukrainische Präsident Janukowytsch mit Rücksicht auf Russland das Assoziierungsabkommen mit der EU als „verfrüht“ auf Eis legen wollte protestierten dagegen prowestlich eingestellte Teile der Bevölkerung. Die USA und in ihrem Schlepptau die EU hatten nichts Besseres zu tun als Öl ins Feuer zu gießen, die Opposition massiv zu unterstützen und damit einen bewaffneten Aufstand von radikalen ukrainischen Nationalisten auszulösen. Die am 21. Februar 2014 mit Janukowytsch abgeschlossene Vereinbarung zur Beilegung der Krise wurde von den Aufständischen sofort gebrochen, was den Präsidenten, der um sein Leben fürchten musste, zur Flucht veranlasste, worauf ihn das Parlament absetzte. **Was vom Westen als großer „Sieg“ gefeiert wurde war insofern rechtswidrig, als das Parlament nach der ukrainischen Verfassung einen Präsidenten gar nicht absetzen kann, auch dann nicht, wenn er das Land verlässt. Alles, was danach in der Ukraine politisch geschehen ist und die Unterschrift des Präsidenten gebraucht hätte, war also illegal.**

Wladimir Putin „bestrafte“ die Ukraine mit der Heimholung der Krim, der Rücknahme eines Geschenks, das Chruschtschow im Jahr 1954 der damaligen sowjetischen Teilrepublik gemacht hatte. Eine Riesen-Blamage für den amerikanischen Präsidenten und die Hundertschaften seiner Berater, die damit offenbar nicht gerechnet hatten und viel zu spät bemerkten, dass sie dagegen gar nichts tun können. Den Großteil der betroffenen

Bevölkerung im Rücken und mit der russischen Flotte vor Ort konnte der offenbar um Vieles intelligentere russische Präsident die Sache rasch durchziehen. Er nahm damit allerdings die Hypothek auf sich, dass dieses entschiedene Vorgehen bei den Russen in der Ostukraine die Hoffnung nähren musste, er würde auch ihnen zu Hilfe kommen, wenn sie für die Unabhängigkeit von Kiew auf die Straße gehen und gegen die Staatsmacht revoltieren sollten, was sie dann ja auch getan haben.

Für die Mehrheit der westlichen Medien hatte Putin mit der Krim-Aktion ohnehin nur seinen schlechten Ruf als skrupelloser Machtpolitiker bestätigt und sofort wurde eifrig der Krieg herbeigeschrieben, den er nun um die ukrainischen Ostgebiete führen würde. In Wirklichkeit waren Putin und sein im Vergleich zum US-amerikanischen Pendant sympathischer und kompetent wirkender Außenminister lange bemüht, die vom Westen in der Ukraine angerichtete Konfliktsituation zu entschärfen. Zusammen mit dem neuen ukrainischen Präsidenten dürfte das auch gelingen, wenn nicht der Westen weiter quertreibt. **Ein Autonomiestatut ist wohl das Mindeste, was sich die Russen der Ostukraine von der Kiewer Regierung erwarten dürfen.**

Für die unfassbare Katastrophe vom 17. Juli mit 300 an dem Konflikt gänzlich unbeteiligten Toten tragen jene die unmittelbare Verantwortung, welche das Flugzeug abgeschossen haben. Natürlich hat unsere westliche, auf einem Auge blinde Polit- und Medienkaste die Schuld sofort den Rebellen zugeschoben, um die Russen und ihren Präsidenten weiter diskreditieren zu können. Keine Unklarheit besteht aber darin, wer die Destabilisierung der Ukraine ausgelöst und diesen Krieg mitzuverantworten hat, samt allen Opfern, die er fordert. **Auch die 300 toten Passagiere beim Flugzeugabschuss vom 17. Juli gehen letztlich auf die Kappe jener Politiker, welche die Destabilisierung der Ukraine ausgelöst haben.**

An dieser Stelle ist die Bemerkung fällig, dass ich mit dem in der linken wie rechten Ecke eifrig gepflegten „Antiamerikanismus“ nichts am Hut habe. So bin ich z. B. der Meinung, dass die Zivilgesellschaft in den USA gesünder ist und besser funktioniert als hier im übersozialisierten und moralisch verwahrlosten Europa. Die amerikanische Außenpolitik hingegen ließ immer schon zu wünschen übrig und hat in den letzten Jahren einen Bock nach dem anderen geschossen.

## **Russland und Europa**

Unmittelbarer Auslöser für diesen meinen Text war ein in der „Süddeutschen Zeitung“ am 26. Mai 2014 erschienener Aufsatz des deutschen Historikers Peter Jahn (Jahrg. 1941), der schlüssig nachweist, dass das Verhältnis der westlichen Welt zu Russland schon seit Jahrhunderten mit chauvinistischen, wenn nicht gar rassistischen Vorurteilen belastet ist, und er führt auch die gegenwärtige Berichterstattung darauf zurück. Kommentare von Christian Neef im „Spiegel“ und Hans Christian Buch in der „Süddeutschen“ dienen Jahn als Beispiele für das, was im Untertitel seines Aufsatzes steht: „Die verhängnisvollen Traditionen der deutschen Russenphobie. Eine Erinnerung aus aktuellem Anlass.“

Aber auch in anderen westeuropäischen Staaten werden russophobe Stereotype von Fremdartigkeit und Minderwertigkeit, vom „asiatischen“ Charakter Russlands gepflegt, die so gar nicht mit Tschaikowsky, Tolstoi und Lobatschewskij, um nur einen aus einer Reihe hervorragender russischer Mathematiker zu nennen, zusammenpassen wollen. **Für die deutsche Wiedervereinigung haben alle Siegermächte des Zweiten Weltkrieges Bedingungen gestellt – nur Russland bzw. Gorbatschow als letzter Staatschef der UdSSR hat lediglich das Versprechen eingefordert, die NATO möge ihren Einflussbereich nicht weiter nach Osten hin ausdehnen. Das wurde zugesichert und ist inzwischen vielfach gebrochen worden.**

Wann wird Deutschland erkennen, dass der Partner in Kontinentaleuropa, mit dem die Zusammenarbeit auf allen Gebieten für beide Seiten den meisten Erfolg verspricht, weniger das dahinschwächelnde Frankreich, sondern Russland ist? Wann wird EU-Europa endlich damit anfangen, um diesen mächtigen Partner zu werben, statt ihn mit Lockrufen an die vergleichsweise rückständige Ukraine zu verärgern? Wer die europäische

Einigung unter dem Gesichtspunkt sieht, dass hier ein grosso modo homogener (christlich-humanistisch-aufklärerischer) Kulturraum politisch zusammenwächst, der kann Russland dabei nicht ausschließen. Auch oder gerade wenn das den USA nicht passt, die viel lieber die Türkei in der EU sehen würden, obwohl diese kulturell mit Europa nur wenig zu tun hat.

### **Kommentar zu den neueren Entwicklungen in der Ukraine**

Der obige Text wurde um den 20. Juli 2014, unmittelbar nach dem Abschuss des malaysischen Flugzeugs, geschrieben. Danach sind die bewaffneten Auseinandersetzungen im mehrheitlich von russischstämmigen Ukrainern besiedelten Donbass eskaliert, nicht zuletzt deswegen, weil der Internationale Währungsfonds (IWF) die Gewährung weiterer Kredite an die Ukraine davon abhängig gemacht hat, dass diese über die Aufständischen militärisch obsiegt. (Quelle: „Deutsche Wirtschafts Nachrichten“ vom 31.08.14; darin wird auch ein führender US-Think-Tank zitiert, der dem Westen die alleinige Schuld am Ukraine-Konflikt zuweist.)

**Nachdem die westliche Presse wochenlang ein direktes Eingreifen Russlands herbeigeschrieben hat wird es wohl auch dazu gekommen sein, sobald die Situation für die Aufständischen prekär zu werden drohte. Aber war das nicht abzusehen? Wer hat denn allen Ernstes geglaubt, Putin würde tatenlos dabei zusehen, wie seine russischen Brüder von der Staatsmacht zusammengeschossen werden? Die lächerlichen EU-Sanktionen werden Putin auch in Zukunft vor solchen Interventionen – wenn nötig – nicht abhalten, zumal er das leidgewohnte russische Volk mit seiner großen Seele voll hinter sich hat.**

Da es sich zweifellos (auch) um einen ethnischen Konflikt handelt muss der Vergleich mit Serbien und dem Kosovo zulässig sein. Da hat die NATO, gegen alles Völkerrecht, doch auch Aufständische militärisch unterstützt, und zwar ganz massiv bis zur Bombardierung der serbischen Hauptstadt. Haben die Russen Kiew bombardiert? Auf die militärische Intervention der USA, Großbritanniens und Frankreichs gegen den souveränen Staat Libyen zugunsten von Rebellen mit dubiosen Motiven ist schon hingewiesen worden.

Putin ist ein exzellenter Schachspieler. Mit seinem verdeckten Eingreifen zugunsten der Rebellen hat er Kiew und der ganzen Welt gezeigt, dass ohne ihn in dieser Region „nichts geht“. (Angekündigt hat er das dem Westen schon im Herbst 2013, sein Wunsch nach trilateralen Verhandlungen wurde damals brüsk abgelehnt.) Kaum hatten die Rebellen wieder Oberwasser schaltete Putin einen Gang zurück und setzte sich aktiv für einen Waffenstillstand ein. Die zum Ärger der USA mit Präsident Poroschenko ausverhandelten Bedingungen tragen vornehmlich seine Handschrift.

Sechs Anmerkungen zuletzt:

1. Den Scharfmachern, die harte militärische Drohgebärden des Westens einfordern und Kennedy in der Kubakrise als leuchtendes Beispiel hervorheben, ist wohl nicht klar, dass dieser Vergleich nach hinten los geht: Die USA haben damals einem souveränen Staat (Kuba) in ihrem Einflussgebiet und seinem Raketenlieferanten UdSSR unverhohlen mit Atomkrieg gedroht, um etwas zu verhindern, was sie selber mit ihrer Einkreisungspolitik gegenüber Russland nun laufend praktizieren. Wer Kennedys Vorgehen belobigt, der müsste für Putins Vorgehen zumindest das gleiche Verständnis aufbringen.

2. Eine ranghohe Mitarbeiterin im US-Außenamt hat sich schon im Herbst 2013 über die im Vergleich zu den USA zögerliche EU lustig gemacht, was die Vereinnahmung der Ukraine durch den Westen betrifft. Diese Wortmeldung hat damals in Europa für einige Aufregung gesorgt – schon vergessen?

3. Um den Flugzeugabsturz wird nach wie vor ein großes Geheimnis gemacht. Die folgende im Internet kursierende Erklärung ist vielleicht falsch, entbehrt aber im Vergleich zu allen anderen Spekulationen nicht einer gewissen Logik: Die Maschine wurde von zwei ukrainischen Jagdfliegern abgeschossen, die sie mit einem

russischen Flugzeug verwechselt haben. Wie an veröffentlichten Bildern erkennbar weist das Cockpit der weiß, blau und rot lackierten Maschine zahlreiche Einschusspuren auf, und weiß-blau-rot sind die russischen Nationalfarben.

**4. Der österr. Realpolitiker Bruno Kreisky hat erwiesenermaßen seinerzeit mit den Aktivisten des BAS sympathisiert und sie moralisch unterstützt. Er hat damit auch ihre Sprengstoffanschläge, also Gewalt zur Durchsetzung eines politischen Zieles (Autonomie-Statut für Südtirol) gutgeheißen.**

5. „Die Presse“ veröffentlichte am 26. September 2014 den Gastkommentar eines Franz-Stefan Gady, „Konfliktforscher“ beim amerikanischen Think-Tank EastWest. Darin weist Gady darauf hin, dass Russlands Streitkräfte derzeit „nur“ 700.000 Mann zählen und dass deren Ausrüstung nicht auf dem neuesten Stand ist. Eine offene konventionelle Konfrontation mit der NATO wäre für Russland damit nicht zu gewinnen. Solche Spekulationen sind im höchsten Grad fahrlässig! Wer 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges – übrigens auch aus fadenscheinigen Gründen angezettelt – mit dem Gedanken an einen weiteren „großen“ Krieges in Europa spielt, der hat aus der Geschichte nichts gelernt und in der Geschichte nichts verloren.

**6. Tags darauf hat der 87jährige deutsche Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher im Deutschen Fernsehen beklagt, dass nach der „Wende“ der Eiserner Vorhang in Europa nicht verschwunden ist, sondern nur nach Osten hin verschoben wurde, und er rief dazu auf, anstelle Stimmung gegen Russland zu machen diesen immer noch wichtigen Global Player in die Europapolitik aktiv einzubinden.**

#### **Kommentar zur Lage im Nahen Osten**

Unter „Islamischer Staat“ (IS) hat sich eine besonders radikale Bande von „Gotteskrieger“ organisiert, die inzwischen den halben Irak und die vom Assad-Regime nicht mehr kontrollierbaren Teile Syriens terrorisiert. Die Gefährlichkeit und Brutalität dieser Bande, in der die Veteranen der von den USA aufgelösten irakischen Armee eine neue Heimat gefunden haben, war von Anfang an erkennbar. Hier hätten sich die Amerikaner, vom Irak dazu eingeladen, mit einer raschen Militär-Intervention wirklich einmal Verdienste erwerben können, haben aber erstens viel zu lange zugeschaut und werden zweitens mit Luftschlägen allein nicht allzu viel ausrichten.

Hinsichtlich Syrien rächt sich nun die Brandmarkung Baschar al-Assads, obwohl auf der Hand liegt, dass eine Zusammenarbeit mit der syrischen Armee am effektivsten wäre. Nur um das Gesicht nicht zu verlieren wollen die USA dafür lieber mit den „gemäßigten Rebellen“ kooperieren, das sind wohl die von Saudi-Arabien zum Aufstand gegen das laizistische Assad-Regime aufgestachelten. Noch dümmer geht es wohl nicht mehr!

Anlässlich des Verhaltens der Türkei im Fall der von syrischen Kurden gegen IS-Milizen heldenhaft verteidigten Stadt Kobane ist für autonome Denker, offenbar aber nicht für Politiker und Medienleute, nun endgültig klar, welches Spiel im vorderen Orient wirklich gespielt wird. Nicht nur den Saudis, sondern auch der dem Islamismus zuneigenden politischen Führung in Ankara waren/sind die religiös toleranten Baath-Regime im Irak und in Syrien schon lange ein Dorn im Auge, wobei hinsichtlich der Türkei noch das Kurdenproblem dazu kommt.

**Die vergleichsweise guten Bedingungen, unter denen die Kurden in den zwei arabischen Staaten leben, kontrastiert mit der Behandlung der kurdischen Minderheit in der Türkei und fördert deren Unabhängigkeitsbestrebungen. Die Türkei arbeitet daher schon seit geraumer Zeit auf den Sturz Baschar al-Assads hin, hat zusammen mit Saudi-Arabien die Rebellion in Syrien ausgelöst und ist daher auch als Geburtshelfer des IS-Terrorismus und der dadurch ausgelösten Flüchtlingswelle namhaft zu ma-**

**chen. Im Fall Kobane war/ist den Türken mehr an der Dezimierung der ihnen verhassten Kurden gelegen als am Zurückdrängen der IS-Banden.**

Das alles wird von den westlichen Medien noch immer sehr blauäugig kommentiert; Assad bleibt, obwohl erst kürzlich durch Wahlen bestätigt, der „Diktator“, der weg muss, und die zwei alles andere als lupenrein demokratischen Staaten Saudi-Arabien und Türkei werden nur sehr verhalten kritisiert, obwohl sie es sind, die zusammen mit ihrem Verbündeten USA den Irak und Syrien destabilisiert und damit Europa eine Flut von Kriegsflüchtlingen beschert haben.

### **Und noch einmal: Viktor Orbans Ungarn**

Bei den Kommunalwahlen vom 12. Oktober 2014 hat Orbans Partei Fidesz in 20 der 23 größten Städte Ungarns den Bürgermeister-Sessel erobert; die rechtsextreme Jobbik-Partei erreichte mehr Stimmen als die untereinander zerstrittenen Links-Parteien zusammen, aber keiner ihrer Bürgermeister-Kandidaten konnte sich durchsetzen. Noch einmal: Gibt es einen besseren Hinweis auf eine von den direkt Betroffenen gutgeheißene Regierungspolitik als einen so überzeugenden Wahlsieg? Und wieviele Bürgermeister würde Jobbik wohl stellen, wäre Orban nicht in der Lage, dieser wirklich faschistoiden Partei mit seiner volksnahen Politik das Wasser abzugraben?

### **Schlussbemerkung**

**Die Mainstream-Medien im Westen halten sich mit ausgewogenen Kommentaren zu diesen Vorkommnissen und Entwicklungen vornehm zurück, obwohl ihnen eigenständig denkende Leserbriefschreiber inzwischen offen Meinungsmanipulation vorwerfen und in ihren Leserforen mehrheitlich ganz andere Töne zu hören sind. Wann werden diese Medien wieder zu einer objektiven Weltsicht hinfinden? Ihre Berichterstattung und auch Kommentierung würde dann nicht nur den tatsächlichen Verhältnissen besser entsprechen, sondern sie würden auch wieder jene Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, die ihnen derzeit aus Selbstverschulden mehr und mehr abhanden kommt.**

*Garsten, am 15. Oktober 2014.*

*Die Juli-Version ist auch unter [www.genius.co.at](http://www.genius.co.at) nachzulesen. Diese erweiterte Fassung steht auf der Homepage des Verfassers [www.grillmayer-dieter.at](http://www.grillmayer-dieter.at).*